

## Erklärung zur Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit des Vorhabens

### 1. Der Nachweis der baurechtlichen Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit erfolgt durch:

Erklärung des Planers (bitte beifügen; weiter mit Nr. 3)

Selbsterklärung des Antragstellers (weiter mit Nr. 2)

Sonstiger Nachweis (bitte Nachweis beifügen; weiter mit Nr. 3):

### 2. Selbsterklärung des Antragstellers zur Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit

#### 2.1. Beschreibung der geplanten Baumaßnahme und Begründung der Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit:

#### 2.2. Die geplante Baumaßnahme hat folgende Auswirkungen:

Es erfolgt eine Änderung der Nutzungsart des Gebäudes (u. a. Tierart, -zahl)	ja	nein
Es erfolgt ein Eingriff in die Statik	ja	nein
Es erfolgt eine Veränderung der Außenansicht	ja	nein
Sonstige genehmigungsrelevante Auswirkungen (z. B. Immissionsschutz, Gewässerschutz), bitte hier ausführen:	ja	nein

#### 2.3. Plausibilisierung durch das zuständige AELF/Bauberater

Es erfolgte eine Rücksprache mit der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde	ja	nein
Die Angaben des Antragstellers können aus den vorgelegten Unterlagen entsprechend abgeleitet und nachvollzogen werden	ja	nein
<b>Abschließende Feststellung</b>		
Die Erklärung des Antragstellers zur Verfahrens- bzw. Genehmigungsfreiheit der Baumaßnahme ist plausibel	ja	nein

Ort, Datum

Unterschrift AELF/Bauberater

### 3. Erklärungen des Antragstellers und Planers (bei Erklärung des Planers)

**Aufgrund meiner Angaben zu der geplanten Maßnahme erkläre ich, dass das oben beschriebene Bauvorhaben genehmigungs- bzw. verfahrensfrei ist.**

Soweit der Nachweis der Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit durch eine Selbsterklärung des Antragstellers erfolgte:

**Mir ist bewusst**, dass die von mir gemachten Angaben durch das AELF ausschließlich auf ihre Plausibilität geprüft werden und ich vollumfänglich für meine Angaben verantwortlich bin.

Eine Bestätigung der Plausibilität erfolgt ausschließlich auf Basis der im Formblatt gemachten Angaben und stellt **weder eine baurechtliche Genehmigung noch einen etwaigen Anspruch dar**.

Stellt die zuständige Kreisverwaltungsbehörde im Zeitraum von Bewilligung bis zum Ende der Zweckbindungsfrist fest, dass für das beschriebene Vorhaben eine Genehmigungspflicht bestand bzw. aufgrund der Bauausführung besteht, führt dies grundsätzlich zur **Aufhebung des Bewilligungsbescheids und zur Rückforderung** der für dieses Vorhaben bereits ausbezahlten Förderung.

**Mir ist bewusst**, dass vorsätzliche Falschangaben zum sofortigen Förderausschluss führen und weitere rechtliche Folgen haben können (Prüfung auf Subventionsbetrug).

---

Ort, Datum

---

Unterschrift Planer/-in (falls Erklärung)

---

Ort, Datum

---

Unterschrift Antragsteller/-in

bei Personengesellschaften/juristischen Personen die mit der Geschäftsführung beauftragte Person